

"Für die Finanzierung der Spitex sind die Gemeinden zuständig"

Autor(en): **Zuberbühler, Hannes**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schauplatz Spitex : Zeitschrift der kantonalen Spitex Verbände Zürich, Aargau, Glarus, Graubünden, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau**

Band (Jahr): - **(2002)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-822836>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

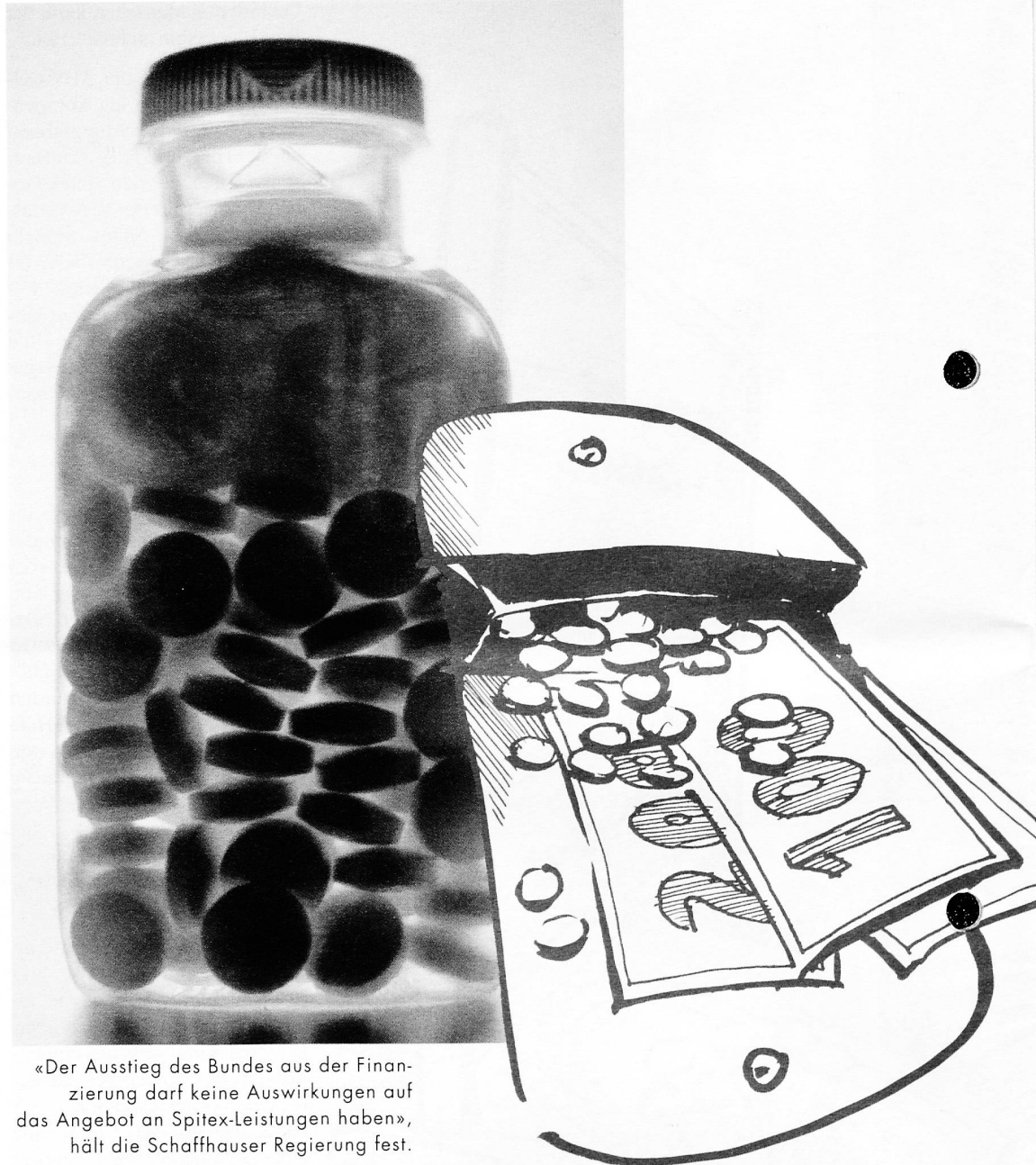
«Für die Finanzierung der Spitex sind die Ge

Der (mögliche) Verlust der AHV-Beiträge an die Spitex kann nicht einfach durch die Erhöhung der Pflgetaxen aufgefangen werden. Die Spitex kann auch nicht damit rechnen, dass Kantone und/oder Gemeinden diesen Verlust einfach übernehmen werden. Wie werden die kantonalen Regierungen die Spitex unterstützen? Eine erste kleine Umfrage bei Kantonsregierungen ergab interessante Antworten.

(ZU) Die Spitex ist in den meisten Kantonen der Deutschschweiz eine Sache der Gemeinden. So wird denn mehr oder weniger deutlich gesagt, dass der Kanton sich nicht direkt an der Spitex-Finanzierung beteiligen werde. «Es gibt keine gesetzliche Grundlage, aufgrund derer das kantonale Gesundheitsdepartement Finanzierungsbeiträge an die Spitex leisten kann», schreibt der St. Galler Regierungsrat Anton Grüninger. Sein Luzerner Regierungskollege Markus Dürr hält ebenfalls fest, dass «die Gemeinden auch für die Finanzierung der Spitex zuständig» seien. Er verweist allerdings auf die mit dem NFA den Kantonen zufließenden nicht-zweckgebundenen Mittel.

Zweckfreie Mittel

Diese zweckfreien Mittel könne der Kanton verwenden, wie er wolle – zum Beispiel für die Kompensation von Subventions-



«Der Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung darf keine Auswirkungen auf das Angebot an Spitex-Leistungen haben», hält die Schaffhauser Regierung fest.

Aktuell

Die in den Ausführungen von Beatrice Mazenauer erwähnten Artikel zum NFA wurden vom Ständerat am 2. Oktober angenommen. Zubanden des Zweitrates, das heisst im Hinblick auf die Debatte im Nationalrat, merkte Theo Maissen (CVP, Graubünden) an, es sei «wirklich sicherzustellen», dass den Spitex-Organisationen in der Übergangszeit «der Schnauf nicht ausgeht».

kürzungen. «Zum jetzigen Zeitpunkt gehen wir davon aus, dass wir dannzumal beim finanziellen «Ausgleich» mit den Gemeinden diese Subventionskürzungen berücksichtigen werden und einen gerechten Verteilungsschlüssel finden müssen.» Der Kanton Luzern aber wird, daran lässt Regierungsrat Dürr keinen Zweifel,

«keine Subventionen an einzelne Institutionen weiterleiten».

Absichtserklärungen

Auch der Kanton Thurgau will die Gemeinden mit diesen zweckfreien Mitteln unterstützen. «Grundsätzlich besteht die Absicht, einen Teil dieser Mittel innerhalb des neuen Finanzausgleichs den Gemeinden ebenfalls zweckfrei zur Verfügung zu stellen in der Absicht, eine weitgehende Kompensation der

meinden zuständig»

wegfallenden Beiträge gemäss Art. 101^{bis} AHVG zu ermöglichen», so der Thurgauer Regierungsrat Roland Eberle. Denn es sei dem Kanton Thurgau ein Anliegen, dass die Spitex «auch weiterhin flächendeckend die notwendigen Leistungen in guter Qualität erbringen kann und nicht die Leistungsempfänger durch den Wegfall von (...) Spitex-Bundessubventionen unter Einschränkungen zu leiden haben».

Ähnlich äussert sich die Schaffhauser Kantonsregierung. «Wir gehen davon aus, dass die Leistungen der öffentlichen Hand bei der Spitex insgesamt nicht gekürzt werden sollen», versichert Regierungsrat Herbert Bühl. «Der Ausstieg des Bundes aus der Spitex-Finanzierung darf keine Auswirkungen auf das Angebot an Spitex-Dienstleistungen im Kanton Schaffhausen haben.»

Keine Aussagen

Für die Kantone Aargau, Glarus und Zürich sind die Auswirkungen des NFA noch zu wenig klar, um verbindliche Aussagen machen zu können. «Die Aufteilung der künftigen Mehrbelastung für Kanton und Gemeinden ist zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig offen und bedarf noch intensiver, politischer Diskussionen», sagt der Aargauer Regierungsrat Ernst Hasler.

Neue Finanzierungsmodelle

Peter Aliesch, Vorsteher des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartementes Graubünden, ist der Auffassung, «dass das bestehende System der Defizitfinanzierung im Spitex-Bereich durch den Kanton und die Gemeinden durch ein Finanzierungsmodell abgelöst ist, welches die Leistungserbringer vermehrt als

bis anhin zu marktgerechtem Verhalten veranlasst und eine bedarfsgerechte sowie wirtschaftliche Mittelverwendung gewährleistet.» Auch der Kanton Schaffhausen will ein neues Abgeltungsmodell finden.

Fazit

Verständlicherweise lassen sich die Regierungsräte nicht auf Finanzierungszusagen ein. Aber das Problem der Spitex-Finanzierung ist auf Regierungsebene bekannt. Allerdings wird dessen Lösung mehrheitlich an die Gemeinden delegiert. Für die Spitex-Organisationen und für die Spitex-Verbände bedeutet dies, dass in Zukunft die Gemeinden – neben den Krankenversicherungen – wichtigste Ansprechpartnerinnen sein werden. □

Stichwort NFA

Mit der «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen» NFA sollen die Aufgaben und Finanzströme zwischen Bund und Kantonen entflochten und die Verantwortlichkeiten klarer zugeordnet werden. Eine Reihe von Aufgaben werden dem Bund zugeteilt (z. B. Armee, Nationalstrassen, individuelle Leistungen der AHV), andere sollen gemeinsam von Bund und Kanton bearbeitet werden (z. B. Natur- und Landschaftsschutz); einige Aufgaben kommen ganz zu den Kantonen (wie z. B. Sonderschulung, Spitex), und weitere Aufgaben sollen in interkantonalen Zusammenarbeit bewältigt werden (z. B. Eingliederung und Betreuung von Behinderten). Der Finanzausgleich im engeren Sinne beinhaltet den Ressourcen- und den Lastenausgleich. Mit dem Ressourcenausgleich, der auf den kantonalen Steuerpotenzialen basiert, erhalten finanzschwache Kantone Mittel von den finanzstarken. Geografische und soziodemografische Lasten werden mit dem Lastenausgleich abgegolten.

Buchtipp: Das soziale Pflegeversicherungssystem

In seinem neusten Buch zu den Pflegeleistungen in der Schweiz kommt der Jurist Hardy Landolt zum Schluss, dass Pflegebedürftigkeit in unserem Land uneinheitlich geregelt ist und dies mit dem Neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen noch verstärkt wird.



(ZU) Die Angehörigen-Pflege sei der Spitex-Pflege ebenbürtig, und es bestehe kein sachlicher Grund, Angehörige generell auszuschliessen. Laienpersonal bei Spitex-Organisationen aber zuzulassen. Dies ist eine der Überlegungen, mit welcher der Autor Hardy Landolt in seiner neusten Publikation begründet, warum die Angehörigenpflege auch vom Krankenversicherungsgesetz KVG anerkannt und mitfinanziert werden sollte. Das Buch mit diesem und weiteren interessanten Vorschlägen trägt den Titel «Das soziale Pflegeversicherungssystem – eine Darstellung der sozialen Pflegeleistungen des Bundes und der Kantone unter besonderer Berücksichtigung der

Spital-, Heim- und Hauspflegeleistungen».

Aktuelle Bezüge

Dargestellt sind u.a. die sozialversicherungs- und sozialhilferechtlichen Pflegeleistungen des Bundes und der Kantone, wobei aktuelle Bezüge hergestellt werden. Pflegebedürftigkeit ist laut Landolt nicht einheitlich geregelt, und diese Uneinheitlichkeit wird mit dem Neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen noch verstärkt. Der Autor setzt sich auch mit der Frage auseinander, ob und inwieweit das derzeitige Pflegeleistungssystem reformbedürftig ist.

Das Buch «Das soziale Pflegeversicherungssystem – eine Darstellung der sozialen Pflegeleistungen des Bundes und der Kantone unter besonderer Berücksichtigung der Spital-, Heim- und Hauspflegeleistungen» ist erschienen im Stämpfli Verlag AG Bern, 2002 (Fr. 52.–).

Schweizerisches Pflegerecht

Nach einem Buch zum internationalen Pflegerecht ist vom gleichen Autor nun auch Band II «Das Schweizerische Pflegerecht» erhältlich. □